

Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
Kanzlei der Bürgerschaft

05.07.2010

**Niederschrift des öffentlichen Teiles der 9. Sitzung**  
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 5. Juli 2010

Beginn : 18:10 Uhr  
Ende : 21:20 Uhr  
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

**Anwesend :**

- Dr. Gerhard Bartels
- Ursula Behrendt
- Ulrike Berger
- Dr. Ullrich Bittner
- Norbert Braun
- Ulf Burmeister
- Erich Cymek
- Rudi Duschek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Prof. Dr. Frank Hardtke
- Klaus Heiden
- Marion Heinrich
- Axel Hochschild
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Jörn Kasbohm
- Dr. Andreas Kerath
- Edda Krille
- Christian Kruse
- Dr. Lüer Kühne
- Angela Leddin
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Prof. Dr. Manfred J. Matschke
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Pegel
- Christian Radicke
- Sebastian Ratjen
- Anja Reuhl
- Karl-Dieter Schmidt
- Dr. Mignon Schwenke
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Mechthild Thonack
- Alexa Worm
- Ingo Ziola

**Entschuldigt :** Torsten Hoebel

**Tagesordnung**

- |           |   |            |
|-----------|---|------------|
| 1.        | Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit  |            |
| 2.        | Bestätigung der Tagesordnung  |            |
| 3.        | Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner   |            |
| 4.        | Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen   |            |
| 5.        | weitere Verfahrensweise Stadthaus   | B184-09/10 |
| 5.1.      | Umsetzung des BS-Beschlusses B318-21/06 vom 06.11.2006 Punkt 5:<br>Unterbringung des Stadtarchivs   | B185-09/10 |
|           | <i>Begleitausschuss „Technisches Rathaus“</i>   |            |
| <b>6.</b> | <b>Diskussion von Beschlussvorlagen</b>   |            |
| 6.1.      | Prüfauftrag und Entscheidungsvorbereitung über notwendige<br>Strukturmaßnahmen zur Zukunftssicherung der Theater Vorpommern<br>GmbH (geänderte Vorlage) | B186-09/10 |
|           | <i>Dez. III</i>   |            |
| 6.2.      | Beteiligung der Fernwärme Greifswald GmbH an der Windfeld<br>Schönermark GmbH & Co. KG  | B183-09/10 |
|           | <i>Dez. I, Beteiligungsmanagement</i>   |            |
| 6.3.      | Abmahnung der BauBeCon Sanierungsträger GmbH  |            |
|           | <i>Dez. I, Abt. Recht</i>   |            |
| 6.4.      | Unterstützung der Sanierung der Bibliothek des Geistlichen Ministeriums   | B187-09/10 |
|           | <i>SPD, CDU, Die Linke, FDP, Bürgerliste</i>  |            |
| 7.        | Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des<br>Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt                                      |            |
| 8.        | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft   |            |
| 9.        | Mitteilungen des Präsidenten  |            |
| 10.       | Schluss der Sitzung   |            |

**Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit**

Die Linksfraktion hat um eine Auszeit von 10 Minuten gebeten, bevor der Präsident die Sitzung eröffnet.

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet um 18:10 Uhr die 9. Sitzung der Bürgerschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit zunächst 42 anwesenden von 43 Mitgliedern der Bürgerschaft ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König, und sein Stellvertreter, Herr Dembski, sowie der kommissarische Leiter des Dezernates II, Herr Hochheim, sind anwesend.

Gegen die beabsichtigten Bild- und Tonaufnahmen werden keine Einsprüche erhoben.

**Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Zu der vorgelegten Tagesordnung sind dem Präsidenten Änderungsanträge zugegangen.

Eine Vorlage der Verwaltung zur „Beteiligung der Fernwärme Greifswald GmbH an der Windfeld Schönermark GmbH & Co. KG“ soll als TOP 6.2 zwischen TOP 4. und 5. eingeordnet werden. Herr Dreißen, Geschäftsführer der Stadtwerke Greifswald GmbH, ist anwesend und hat aus gesundheitlichen Gründen darum

gebeten, diesen Tagesordnungspunkt weit vorn in der Tagesordnung einzuordnen.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung zur „Abmahnung der BauBeCon Sanierungsträger GmbH“ schlägt der Präsident vor, als TOP 6.3 zwischen TOP 4. und 5. einzuordnen.

Unter TOP 5. ist eine Beschlussvorlage des Begleitausschusses zur Zentralisierung der Verwaltung ausgereicht worden.

Eine Beschlussvorlage des Begleitausschusses zur „Umsetzung des BS-Beschlusses B318-21/06 vom 06.11.2006 Punkt 5: Unterbringung des Stadtarchivs“ schlägt der Präsident vor, als TOP 5.1 zwischen TOP 5. und 6. einzuordnen.

Die ausgereichte Beschlussvorlage der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, FDP und Bürgerliste zur „Unterstützung der Sanierung des Geistlichen Ministeriums“ schlägt der Präsident vor, als TOP 6.4 hinter TOP 6.1 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Die ausgereichte Tischvorlage der Bürgerliste zur „Vermietung von Räumlichkeiten im Volksstadion an einen Sportverein“ wird durch den Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Meyer, zurückgezogen.

Aufgrund der Bemerkung von Herrn Dr. Meyer lässt der Präsident darüber abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** TOP 6.2  
mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen  
zwischen TOP 4. und 5. eingeordnet

**Abstimmungsergebnis:** TOP 6.3  
mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen beschlossen  
zwischen TOP 4. und 5. eingeordnet

**Abstimmungsergebnis:** TOP 5.1  
mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

**Abstimmungsergebnis:** TOP 6.4  
einstimmig beschlossen

Nach diesen Abstimmungen lässt der Präsident über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 38 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

### **Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner**

Herr René Neumeister:

(für den Boxclub und die Grundschule „Greif“)

Als Mitglied der Schulkonferenz, des Schulelternrates, Vorsitzender des Fördervereins und Vater eines dortigen Schulkindes spricht er zur Grundschule „Greif“.

Herr Neumeister berichtet den geplanten zeitlichen Ablauf für die Sanierung der Greif-Schule. Die Frage stellt sich, ob alles so abläuft, wie es geplant war. Den Kindern wird immer gesagt, dass man Versprechen halten muss. Bürgerschaft und Verwaltung, so Herr Neumeister, sollten mit gutem Beispiel vorangehen.

Herr Hochheim:

Der Verwaltung liegen die Planungen vor. Ob und in welchem Umfang die Planungen realisiert werden können, muss man abwarten. Aus Schwerin gibt es noch keine Zustimmung über die geplanten Maßnahmen für 2011.

Herr Hochheim geht davon aus, dass die Prioritätenliste für 2011, die die Bürgerschaft noch beschließen muss, diese Maßnahmen enthalten wird.

Es gibt derzeit noch keinen Antrag auf Erwerb der Greif-Schule. Wenn, müsste die Bürgerschaft darüber entscheiden. Derzeit steht das nicht im Raum.

Der Appell von Herrn Neumeister ist angekommen.

#### **Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen**

- keine schriftlich gestellten Fragen der Fraktionen

#### **Zu TOP: 6.2 Beteiligung der Fernwärme Greifswald GmbH an der Windfeld Schönermark GmbH & Co. KG B183-09/10**

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Herr Dreißen, Geschäftsführer der Stadtwerke Greifswald GmbH, gibt detaillierte Informationen und er steht ebenso für die Beantwortung der gestellten Fragen zur Verfügung.

Im Rahmen der Diskussion sprechen Herr Liedtke, Herr Dr. Kasbohm, Herr Ratjen, Herr Prof. Matschke, Herr Multhauf und Herr Dr. Meyer.

Herr Liskow lässt über den vorgelegten Beschlussantrag in unveränderter Form abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald erteilt ihre Zustimmung, dass die Fernwärme Greifswald GmbH (FWG) gemeinsam mit der ENERTRAG AG eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) gründet und sich an dieser in Höhe von 50% beteiligt. Diese Gesellschaft fungiert als Komplementär der Windfeld Schönermark GmbH & Co. KG. Die Bürgerschaft erteilt ebenfalls die Zustimmung, dass sich die FWG mit 50% am Eigenkapital als Kommanditistin an der Windfeld Schönermark GmbH & Co. KG beteiligt.

Die Zustimmung steht unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat der Stadtwerke Greifswald GmbH dieser Beteiligung nach Prüfung der wirtschaftlichen Auswirkungen ebenfalls seine Zustimmung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 34 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen beschlossen

*(Anmerkung: Aus gegebenem Anlass haben die Mitglieder der Bürgerschaft inzwischen eine Information erhalten, dass der Bürgerschaftsbeschluss (B183-09/10) nicht umgesetzt werden konnte, weil ein anderer Bieter einen höheren Preis geboten hat.)*

**Zu TOP: 6.3 Abmahnung der BauBeCon Sanierungsträger GmbH**

Der Oberbürgermeister bringt die ausgereichte Tischvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Die BauBeCon hat heute in einem Schreiben mitgeteilt, dass die Geschäftsstelle der BauBeCon in Greifswald umbesetzt wurde. Die Geschäftsstelle wird jetzt durch Herrn Stahl geleitet und durch einen weiteren leitenden Mitarbeiter verstärkt. Deshalb bittet der Oberbürgermeister den zweiten Teil des Beschlusstextes zu streichen.

Rechtliche Nachfragen wird die Leiterin der Rechtsabteilung, Frau Schlegel, beantworten.

Im Rahmen der Diskussion bittet Herr Braun den Oberbürgermeister um Bestätigung, dass sich der vorgelegte Beschlussantrag auf den Rahmenvertrag mit dem Sanierungsträger bezieht und nicht die Vorschlagsempfehlung des Begleitausschusses Technisches Rathaus tangiert, der vorsieht, dass die BauBeCon von der Betreuung des Technischen Rathauses abgelöst wird. Das sind zwei unterschiedliche Sachverhalte.

Frau Schlegel gibt aufgrund mehrerer Bemerkungen von Mitgliedern der Bürgerschaft Erläuterungen zur Beschlussvorlage, warum die BauBeCon abgemahnt und nicht gleich der Treuhändervertrag gekündigt werden soll.

Die Verwaltung schlägt der Bürgerschaft vor, dass die BauBeCon abgemahnt werden soll. Mit dem Hintergrund der Urkundenfälschung sollte vielleicht nicht gleich der Treuhändervertrag gekündigt werden, weil das ein individueller Vorwurf ist, der eine konkrete Person innerhalb der BauBeCon und nicht das Unternehmen an sich betrifft. Möglicherweise kann das Unternehmen mit einer neuen Geschäftsleitung die Sanierungsziele umsetzen. Voraussetzung für eine außerordentliche Kündigung ist das Vorliegen eines wichtigen Grundes. Ob die Ziele der Sanierung durch die nunmehr bekannte Vertragsverletzung gefährdet sind, ist eine schwierige Rechtsfrage, über die man lange streiten kann.

Die BauBeCon ist ein Unternehmen mit vielen Beschäftigten, weshalb es nicht leicht ist, über jeden Einzelnen zu wachen.

Wenn die Bürgerschaft heute entscheidet, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine Kündigung notwendig sei, müssten entsprechende Anträge gestellt werden. Der Vorschlag der Verwaltung, die Abmahnung, wurde ausgereicht. Man muss aber auch die Überlegung anstellen, wie soll es mit der Sanierung in der Zukunft weitergehen, wenn gekündigt wird.

Frau Schlegel geht davon aus, dass, wenn sich schwerwiegendere Tatvorwürfe im Zuge der staatsanwaltlichen Ermittlungen ergeben, immer noch die Möglichkeit der Vertragsbeendigung besteht. Das ist aber insofern nicht rechtsicher, weil von der Gegenseite Einwände kommen können, dass die Fristen abgelaufen wären.

Die Kündigung ist eine wichtige Angelegenheit. Da die Verwaltung die Abmahnung vorschlägt, hat die Verwaltung die Tischvorlage vorgelegt. Die Verwaltung möchte das mit der Bürgerschaft diskutieren.

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Hochschild für die CDU-Fraktion eine Auszeit von 15 Minuten.

**Paus ab 18:52 Uhr**

Zwischenzeitlich hat die Fraktion Die Linke beantragt, die Auszeit zu verlängern.

**Pause bis 19:40 Uhr**

Die Fraktionsvorsitzenden haben sich darauf geeinigt, dass Herr Pegel den Sachstand der Beratungen in der Pause darstellt.

Seitens der Fraktionen gibt es Bedenken, an dieser Stelle eine Abmahnung zu erteilen, weil nach einer Abmahnung die Arbeit weitergeht. Das soll vermieden werden, weil derzeit nicht erkennbar ist, welche Dimensionen das annimmt, was dort passiert ist. Nach 8 Wochen könnte sich unter Umständen herausstellen, dass der Sachverhalt unter Umständen für eine fristlose Kündigung nicht mehr verwertbar ist.

Die Bürgerschaft sollte sich heute nicht soweit festlegen, dass später nichts mehr zu ändern geht. Konsens zwischen den Fraktionen besteht dahingehend, heute keine Entscheidung zu treffen, weder über eine Abmahnung noch eine Kündigung.

Unklar sind die Schadensersatzansprüche bei einer fristlosen Kündigung.

Eine Erklärung der BauBeCon wird es erst im Laufe der Woche geben.

Unklar ist auch, ab wann die Zwei-Wochen-Frist gilt.

Bevor jemand gemäßregelt oder fristlos gekündigt wird, sollte man ihm die Chance für eine Erklärung geben.

Die Angelegenheit soll nicht zu den Akten gelegt werden. Wichtig ist, dass all die Fragen erst einmal geklärt werden müssen, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

Erst wenn Ergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen vorliegen, kann eine Entscheidung gefällt werden. Deshalb ist es der Wunsch der Fraktionen, die vorbereitenden Informationen zu erhalten und gegebenenfalls kurzfristig auch in der Sommerpause den Hauptausschuss einzuberufen, wo der Oberbürgermeister einen Vorschlag zur Entscheidung unterbreitet.

Daraufhin zieht der Oberbürgermeister die Beschlussvorlage der Verwaltung zurück.

## **Zu TOP: 5 Zentralisierung der Verwaltung (Begleitausschuss)**

B184-09/10

Für den Begleitausschuss zum Technischen Rathaus bringt Herr Braun folgende Tischvorlage ein und begründet sie:

Zum Zwecke der weiteren Zentralisierung der Verwaltung am Standort der Alten Post beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald:

1. Das Vorhaben der Sanierung der Alten Post mit allen 3 Anbauten soll als die wirtschaftlichste Variante der Verwaltungsunterbringung fortgeführt werden auf Basis der Planzahlen zu Variante 3.
2. Vor Aufhebung des vom Oberbürgermeister verhängten Auftragstopps und vor Fortführung der in Rede stehenden Baumaßnahme ist die Bürgerschaft über die förderrechtliche Anerkennung des beim Landesförderinstitut vorliegenden und abschließend noch zu prüfenden Änderungsantrags vom 15.05.2010 zu unterrichten. Anschließend ist die grundsätzliche Zustimmung des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung zu dieser Maßnahme einzuholen.
3. Auf die durchgängige Umsetzung des Bürokonzepts „Open Space Office“ und auf die hierfür erforderliche kontrollierte Raumbelüftung mit Wärmerückgewinnung wird verzichtet. Die sich hieraus ergebende Kostenreduzierung wird dem LFI mitgeteilt.

4. Die mit Beschlusses B440-29/07 vom 10.12.2007 zur Zentralisierung der Verwaltung erfolgte Beauftragung der BauBeCon Sanierungsträger GmbH wird aufgehoben, soweit diese zum Gegenstand hatte, die zur Realisierung des Vorhabens erforderlichen Aufträge auszulösen. Damit verbunden ist der sofortige Übergang der Bauherrenfunktion von der BauBeCon Sanierungsträger GmbH auf die Stadt. Die HOAI-Planungsleistungen für die Phase 5 - 9 sind ggf. europaweit neu auszuschreiben.
5. Die Vorlage der zwischen Verwaltung und Ämtern abgestimmten Raumplanung zur Endfreigabe durch den Begleitausschuss vor Aufhebung des Auftragsstopps.
6. Die Überprüfung der Zusammenarbeit mit der BauBeCon Sanierungsträger GmbH.
7. Auf den Einsatz von Geothermie zur Wärmeversorgung wird zugunsten der Fernwärme verzichtet.

Herr Braun empfiehlt, wie es im Begleitausschuss erfolgt ist, die Punkte 1. bis 6. einzeln abzustimmen und auf den Punkt 7. zu verzichten.

Außerdem gibt es einen zusätzlichen Antrag, einen Prüfauftrag des Begleitausschusses zur Unterbringung des Stadtarchivs.

Im Rahmen der Diskussion gibt es mehrere Wortmeldungen der Mitglieder der Bürgerschaft, von Herrn Dr. Kasbohm, Frau Reuhl, Herrn Ratjen, Herrn Dr. Steffens, Herrn Dr. Bartels, Herrn Dr. Fassbinder, Herrn Multhauf und Herrn Kruse.

Für die CDU-Fraktion beantragt Herr Kruse, nicht nur den Punkt 7., sondern auch den Punkt 6. aus der Vorlage zu streichen.

Der Präsident stellt fest, dass 42 stimmberechtigte Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind. Er stellt die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages wie folgt zur Abstimmung:

1. Das Vorhaben der Sanierung der Alten Post mit allen 3 Anbauten soll als die wirtschaftlichste Variante der Verwaltungsunterbringung fortgeführt werden auf Basis der Planzahlen zu Variante 3.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich beschlossen bei 4 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen

2. Vor Aufhebung des vom Oberbürgermeister verhängten Auftragstopps und vor Fortführung der in Rede stehenden Baumaßnahme ist die Bürgerschaft über die förderrechtliche Anerkennung des beim Landesförderinstitut vorliegenden und abschließend noch zu prüfenden Änderungsantrags vom 15.05.2010 zu unterrichten. Anschließend ist die grundsätzliche Zustimmung des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung zu dieser Maßnahme einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

3. Auf die durchgängige Umsetzung des Bürokonzepts „Open Space Office“ und auf die hierfür erforderliche kontrollierte Raumbelüftung mit Wärmerückgewinnung wird verzichtet. Die sich hieraus ergebende Kostenreduzierung wird dem LFI mitgeteilt.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich beschlossen bei 3 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen

4. Die mit Beschlusses B440-29/07 vom 10.12.2007 zur Zentralisierung der Verwaltung erfolgte Beauftragung der BauBeCon Sanierungsträger GmbH wird aufgehoben, soweit diese zum Gegenstand hatte, die zur Realisierung des Vorhabens erforderlichen Aufträge auszulösen. Damit verbunden ist der sofortige Übergang der Bauherrenfunktion von der BauBeCon Sanierungsträger GmbH auf die Stadt. Die HOAI-Planungsleistungen für die Phase 5 - 9 sind ggf. europaweit neu auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:** bei 30 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

5. Die Vorlage der zwischen Verwaltung und Ämtern abgestimmten Raumplanung zur Endfreigabe durch den Begleitausschuss vor Aufhebung des Auftragsstopps.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

6. Die Überprüfung der Zusammenarbeit mit der BauBeCon Sanierungsträger GmbH.

**Abstimmungsergebnis:** bei 29 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

7. Auf den Einsatz von Geothermie zur Wärmeversorgung wird zugunsten der Fernwärme verzichtet.

**Abstimmungsergebnis:** bei 12 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Mit diesen Abstimmungsergebnissen stellt der Präsident folgenden geänderten Beschluss zur Abstimmung:

Zum Zwecke der weiteren Zentralisierung der Verwaltung am Standort der Alten Post beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald:

1. Das Vorhaben der Sanierung der Alten Post mit allen 3 Anbauten soll als die wirtschaftlichste Variante der Verwaltungsunterbringung fortgeführt werden auf Basis der Planzahlen zu Variante 3.
2. Vor Aufhebung des vom Oberbürgermeister verhängten Auftragstopps und vor Fortführung der in Rede stehenden Baumaßnahme ist die Bürgerschaft über die förderrechtliche Anerkennung des beim Landesförderinstitut vorliegenden und abschließend noch zu prüfenden Änderungsantrags vom 15.05.2010 zu unterrichten. Anschließend ist die grundsätzliche Zustimmung des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung zu dieser Maßnahme einzuholen.
3. Auf die durchgängige Umsetzung des Bürokonzepts „Open Space Office“ und auf die hierfür erforderliche kontrollierte Raumbelüftung mit Wärmerückgewinnung wird verzichtet. Die sich hieraus ergebende Kostenreduzierung wird dem LFI mitgeteilt.

4. Die mit Beschlusses B440-29/07 vom 10.12.2007 zur Zentralisierung der Verwaltung erfolgte Beauftragung der BauBeCon Sanierungsträger GmbH wird aufgehoben, soweit diese zum Gegenstand hatte, die zur Realisierung des Vorhabens erforderlichen Aufträge auszulösen. Damit verbunden ist der sofortige Übergang der Bauherrenfunktion von der BauBeCon Sanierungsträger GmbH auf die Stadt. Die HOAI-Planungsleistungen für die Phase 5 - 9 sind ggf. europaweit neu auszuschreiben.
5. Die Vorlage der zwischen Verwaltung und Ämtern abgestimmten Raumplanung zur Endfreigabe durch den Begleitausschuss vor Aufhebung des Auftragsstopps.
6. Die Überprüfung der Zusammenarbeit mit der BauBeCon Sanierungsträger GmbH.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich beschlossen bei 7 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen

**Zu TOP: 5.1 Umsetzung des BS-Beschlusses B318-21/06 vom 06.11.2006 Punkt 5: Unterbringung des Stadtarchivs**  
B185-09/10

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich den Bürgerschaftsbeschluss B318\_21/06 vom 06.11.2006 bezüglich Punkt 5: Unterbringung des Stadtarchivs umzusetzen.

Der Bürgerschaft werden bis zur Haushaltsdiskussion für das Jahr 2011 Standortvorschläge benannt sowie eine Kostenschätzung für einen Umzug des Stadtarchivs in die neuen Räumlichkeiten vorgelegt.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich beschlossen bei 1 Stimmenthaltung

**Zu TOP: 6 Diskussion von Beschlussvorlagen**

**Zu TOP: 6.1 Prüfauftrag und Entscheidungsvorbereitung über notwendige Strukturmaßnahmen zur Zukunftssicherung der Theater Vorpommern GmbH (geänderte Vorlage)**  
B186-09/10

Herr Dr. Steffens und Herr Cymek nehmen weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Der Präsident informiert, dass allen Mitgliedern der Bürgerschaft eine geänderte Beschlussvorlage vorab per E-Mail und heute als Papier ausgereicht wurde.

Herr Dembski bringt diese Vorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Im Rahmen der Diskussion bringt Herr Dr. Bartels folgenden Änderungsantrag der Linksfraktion ein:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt die wirtschaftliche Lage der Theater Vorpommern GmbH zur Kenntnis (s. Anlage 1).
2. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, in Abstimmung mit den weiteren Gesellschaftern der Theater Vorpommern GmbH - der Hansestadt

Stralsund und dem Landkreis Rügen - mögliche Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung einer zukunftsfähigen Theater- und Orchesterstruktur in der Region Rügen / Stralsund / Nordvorpommern / Ostvorpommern / Greifswald vorzulegen. Ziel ist es, bei gleichbleibenden finanziellen Voraussetzungen auch zukünftig qualitativ hochwertige Theater- und Konzertangebote vorzuhalten sowie auf eine dauerhafte Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der Theater Vorpommern GmbH hinzuwirken.

Im Einzelnen wird der Oberbürgermeister beauftragt, unter der Prämisse ‚Erhalt der Eigenständigkeit der Theater Vorpommern GmbH‘ folgende Entwicklungsoptionen zu prüfen und der Bürgerschaft für das IV. Quartal 2010 zur Beratung vorzulegen:

- Spartenverkleinerung bei Erhalt aller Sparten
- dauerhafte Kooperation mit der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg / Neustrelitz und der Vorpommerschen Landesbühne Anklam
- sonstige von der Geschäftsführung, dem Betriebsrat oder den Spartenvertretern der Theater Vorpommern GmbH vorgeschlagene Alternativen.

Für alle dann vom Oberbürgermeister aufgezeigten Optionen ist eine detaillierte Übersicht über die resultierenden finanziellen, künstlerischen, rechtlichen sowie organisatorischen Gegebenheiten vorzulegen.

Herr Prof. Joecks wirbt für die SPD-Fraktion dafür, der Beschlussvorlage der Verwaltung zuzustimmen.

Herr Prof. Matschke teilt für die FDP-Fraktion mit, dass sie der Vorlage, sprich dem Prüfauftrag zustimmen werde.

Im Rahmen seines Redebeitrages bezieht sich Herr Dr. Meyer auf die Verwaltungsvorlage. Er schlägt vor, unter 2. b) und 2. c) das Wort „Fusion“ zu streichen.

Aufgrund einer Anregung von Herrn Dr. Meyer erläutert Herr Dembski, dass sich das künstlerische Konzept auf a), b) und c) bezieht.

Herr Dr. Bittner bekräftigt im Rahmen der Diskussion, vorrangig die Kooperation der Sparten des Theaters zu prüfen, die Fusion aber nicht grundsätzlich ausschließt.

Unter 2. a) soll die Reihenfolge geändert werden:

- a) Spartenverkleinerung, notfalls Spartenschließung

Unter 2. b) soll stehen: **sowohl** dauerhafte Kooperation **als auch** Fusion

**- kein Widerspruch der Verwaltung**

Frau Socher beantragt, unter 2. b) „ unter Einbeziehung der Überlegungen des künstlerischen Strukturmodells von Bordel/Malzew (siehe Anlage 2)“ zu streichen.

**- kein Widerspruch der Verwaltung**

Im Rahmen ihrer Wortmeldung bittet Frau Socher, den Antrag der Linken zuerst abstimmen zu lassen, weil dieser der weitestgehende Antrag ist.

Die CDU-Fraktion, teilt Herr Hochschild mit, stimmt der eingebrachten Verwaltungsvorlage zu.

Nach einigen weiteren Bemerkungen im Rahmen der Diskussion lässt der Präsident über den Antrag der Linksfraktion abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:** bei 10 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Für die Schlussabstimmung beantragt Herr Dr. Bartels die namentliche Abstimmung.

Zum Vorschlag der Verwaltung wurden Änderungsanträge gestellt, über die Herr Liskow nacheinander abstimmen lässt.

**Abstimmungsergebnis:** Antrag der Bürgerliste an allen Stellen Fusion zu streichen bei 15 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

**Abstimmungsergebnis:** Antrag der Bündnis 90/Grünen  
2. a) Spartenverkleinerung, notfalls Sparten-schließung  
bei 16 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Daraufhin lässt der Präsident über folgende geänderte Verwaltungsvorlage namentlich abstimmen:

1. Die wirtschaftliche Problemlage der Theater Vorpommern GmbH wird zur Kenntnis genommen (siehe Anlage 1).
2. Die Bürgerschaft beauftragt die Verwaltung in Abstimmung mit den weiteren Gesellschaftern, zur Sicherung und Weiterentwicklung zukunftsfähiger Theater- und Orchesterstrukturen notwendige Strukturmaßnahmen zu entwickeln und der Bürgerschaft zur Entscheidung vorzulegen. Ziel ist es, bei gleichbleibenden Zuschüssen weiterhin qualitativ hochwertige Theater- und Konzertangebote in der Region vorzuhalten und eine Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage zu erreichen. Im Einzelnen wird die Verwaltung beauftragt, dabei die Entwicklungsoptionen
  - a) Spartenverkleinerung, notfalls Spartenschließung
  - b) sowohl dauerhafte Kooperation als auch Fusion mit der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz und der Vorpommerschen Landesbühne Anklam
  - c) sonstige von der Geschäftsführung der Theater Vorpommern GmbH vorgeschlagene Alternativmöglichkeiten, unter anderem sowohl die dauerhafte Kooperation als auch Fusion mit Theatern aus dem Kulturkooperationsraum I,

zu prüfen und beschlussreif für das IV. Quartal 2010 vorzubereiten sowie mit einem durch die Theater Vorpommern GmbH erarbeiteten künstlerischen Konzept zu unterlegen.

3. Im Fall einer Präferenzierung der Entwicklungsoption 2b) Kooperation/Fusion mit der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz sind zusätzlich folgende Finanzierungsbedingungen zu verhandeln:
  - a) Die Finanzierungsanteile der künftigen Gesellschafter sollen in etwa dem jeweiligen Theaterangebot vor Ort entsprechen.
  - b) Mit dem Land sind zur Begleitung des Kooperations-/Fusionsprozesses

erforderliche begleitende Finanzierungsvereinbarungen zu treffen. In geeigneter Form ist ein Theatervertrag mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern zu Sicherstellung der FAG-Zuflüsse 2011 bis 2020 zu verhandeln. Ziel der Verhandlung über den Theatervertrag ist es, dass vom Land Mecklenburg-Vorpommern die fusionsbedingten Folgekosten in erforderlicher Höhe übernommen werden.

4. Die Auswirkungen einer Umsetzung der Kreisgebietsreform Mecklenburg-Vorpommern auf die Gesellschafterstruktur der Theater Vorpommern GmbH sind darzustellen.

**Abstimmungsergebnis:** namentlich

Dr. Bartels	Gerhard	nein
Behrendt	Ursula	nein
Berger	Ulrike	ja
Dr. Bittner	Ullrich	ja
Braun	Norbert	ja
Burmeister	Ulf	ja
Duschek	Rudolf	nein
Dr. Fassbinder	Stefan	ja
Dr. Fassbinder	Frauke	ja
Dr. Hardtke	Frank	ja
Heiden	Klaus	ja
Heinrich	Marion	nein
Hochschild	Axel	ja
Jochens	Wolfgang	ja
Dr. Joecks	Wolfgang	ja
Dr. Kasbohm	Jörn	nein
Dr. Kerath	Andreas	ja
Krille	Edda	nein
Kruse	Christian	ja
Dr. Kühne	Lüer	ja
Leddin	Angela	ja
Liedtke	Jürgen	ja
Liskow	Franz-Robert	ja
Liskow	Egbert	ja
Littmann	Dirk	ja
Dr. Matschke	Manfred	ja
Dr. Meyer	Thomas	ja
Multhauf	Peter	nein
Mundt	Thomas	ja
Pegel	Christian	ja
Radicke	Christian	ja
Ratjen	Sebastian	ja
Reuhl	Anja	ja
Schmidt	Karl-Dieter	ja
Dr. Schwenke	Mignon	nein
Socher	Birgit	nein
Spring	Ludwig	ja
Thonack	Mechthild	ja
Worm	Alexa	nein
Ziola	Ingo	ja

**Abstimmungsergebnis:** bei 30 Ja-Stimmen und 10 Gegenstimmen beschlossen

**Zu TOP: 6.4 Unterstützung der Sanierung der Bibliothek des Geistigen Ministeriums  
B187-09/10**

Nach einigen Wortmeldungen im Rahmen der Diskussion erläutert Herr Dr. Bartels, dass es sich um einen außerordentlich wertvollen Buchbestand handelt und das Innenministerium entweder alles oder gar nichts bewilligt. Letzteres könne man sich nicht leisten.

Herr Dr. Meyer bittet darum, in der Überschrift und im Beschlusstext „**der Bibliothek**“ einzufügen  
**- kein Widerspruch**

Herr Pegel unterstreicht im Rahmen der Diskussion den zeitlichen Druck und die Eilbedürftigkeit dieser Beschlussfassung.

Der Präsident lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, der Evangelischen Kirchengemeinde St. Nikolai zur Sanierung der Bibliothek des Geistigen Ministeriums weitere 9.115,00 € zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich beschlossen bei 2 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen

**Zu TOP: 7 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

Der Oberbürgermeister informiert über die Wahl von Herrn Manfred Krohm, Herrn Ibrahim Al-Najjar, Herrn Sandro Martens und Frau Angelika von Schutz zu ehrenamtlichen Richtern am Verwaltungsgericht von 2010 bis 2015.

Bezüglich der am 28.06.2010 durch die Bürgerschaft beschlossenen Hauptsatzung hat die Verwaltung Kontakt mit der Kommunalaufsicht beim Innenministerium aufgenommen. Die Auskunft war, dass der § 19 der Hauptsatzung wie er beschlossen wurde, nicht rechtskonform ist und die Verwaltung gehalten ist, diesen Beschluss zu beanstanden.

Aufgrund der Nachfrage von Herrn Dr. Meyer teilt der Oberbürgermeister mit, dass über den gefassten Beschluss, speziell der § 19, auf der nächsten Bürgerschaftssitzung am 27. September erneut abzustimmen ist.

Herr Liskow ergänzt, dass weiterhin die alte Hauptsatzung gilt, weil die neue Hauptsatzung noch nicht veröffentlicht werden kann.

**Zu TOP: 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft**

Herr Radicke:

- Herr Radicke bittet darum, die Sitzungen so zu planen, dass Beginn 18:00 Uhr ist und nur in Ausnahmefällen vorgezogen wird, weil die Mitglieder der Bürgerschaft keine Berufspolitiker sind.
- In Greifswald gibt es zwei Ampeln, die fast ohne Funktion sind: Bahnhofstraße die Fußgängerampel und in der Gützkower Straße

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob diese Ampeln aus dem Verkehr gezogen werden können oder sich andere Lösungen anbieten.

**Zu TOP: 9      Mitteilungen des Präsidenten**

Herr Prof. Joecks weist darauf hin, dass im Aufsichtsrat des Theaters der Kollege Friesenhahn aus Stralsund sein Mandat niedergelegt hat.

Herr Multhauf hat erklärt, dass sein Mandat ab heute im Aufsichtsrat des Theaters bis Anfang Oktober ruhen wird.

Für die Waldbegehung des Hauptausschusses gibt es Terminvorschläge. Es haben sich nicht alle Hauptausschussmitglieder zurückgemeldet.

**Zu TOP: 10      Schluss der Sitzung**

**21:20 Uhr**

für das Protokoll

Egbert Liskow  
Präsident

Schult  
Sachbearbeiterin